



Donnerstag, 07. Mai 2026, 15:00 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

Merz muss weg!

Der deutsche Bundeskanzler betreibt eine Politik der kollektiven Verarmung im Inneren, um Geld für unnötige und gefährliche Projekte im Außen zu haben.

von Uwe Froschauer
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Heide Pinkall, Jessica Jeong)

Meint er es nur gut? Verhält er sich vielleicht nur ein wenig ungeschickt? Nein. Wenn die Politik eines Staatenlenkers so wirkt, als wolle er sein Land mit vollem Bewusstsein schädigen, so sollte man erwägen,

ob dem nicht tatsächlich so ist. Denn viele der Fehlleistungen von Friedrich Merz werden nur so rational erklärbar. Uwe Froschauer ist mit den Jahren geradezu zu einem Friedrich-Merz-Experten gereift. Wieder und wieder zerrte er die jeweils schlimmsten Zitate und Fehlleistungen dieses unseres Bundeskanzlers ans Licht, um eine deutliche Warnung auszusprechen. Nach einem Jahr Schwarz-Rot ist nun klar: Uwe Froschauer hatte in keiner Weise übertrieben. Regelmäßig führt der Wüterich Friedrich seine Untertanen an ihre Merzgrenze und darüber hinaus. So sponsert er seinen Buddy Selenskyj nach wie vor im Übermaß, während ihm die familienfreundliche Mitversicherung von Ehegatten zu teuer ist. Welcher Beweise bedarf es denn noch, bis ganz Deutschland in den Ruf des Autors einstimmt: „Merz muss weg!“?

Die deutsche Politik unter Bundeskanzler Friedrich Merz ist

meilenweit von den Bedürfnissen und der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt. Merz hat sich abgekoppelt von einer Politik, die den Wohlstand der Bürger mehrt und Schaden vom Volk abwendet.

Dass sich diese Wahrnehmung nicht nur in der Kritik, sondern auch in harten Zahlen widerspiegelt, überrascht kaum. In internationalen Umfragen rangiert Merz inzwischen auf dem letzten Platz unter führenden Staats- und Regierungschefs. Laut einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Morning Consult äußerten sich rund 76 Prozent der Befragten unzufrieden mit seiner Amtsführung, während nur etwa 19 Prozent sie positiv bewerten. Damit gilt er aktuell als der unbeliebteste Regierungschef in den untersuchten

Demokratien.

Diese Werte sind kein Zufall. Sie sind Ausdruck einer Politik, die von immer mehr Menschen als realitätsfern, belastend und nicht mehr im Interesse Deutschlands wahrgenommen wird.

Energiekosten

Deutschland war stark, weil es produziert hat, weil Energie bezahlbar war, weil die Industrie immer eine Zukunft hatte. Heute zeigen die Zahlen in eine andere Richtung: Industrie-Strompreise in Deutschland liegen deutlich über denen der USA – oft um den Faktor 2. Im Vergleich zu China zahlen deutsche Unternehmen ein Vielfaches. Laut Bundesverband der Deutschen Industrie sehen sich viele Unternehmen mit massiven Standortnachteilen konfrontiert. Das Ergebnis der fatalen Politik der Großen Koalition und von Merz: Die Produktion wird verlagert, Investitionen wandern ab, beziehungsweise werden von ausländischen Investoren in anderen Ländern getätigt – die Industrie schrumpft kontinuierlich. Das ist kein Narrativ, sondern mit Zahlen belastbare Realität.

Der entscheidende Faktor hinter der wirtschaftlichen Schwäche ist eine total verfehlte Energiepolitik Deutschlands. Deutschland bezieht seit einigen Jahren Flüssiggas (LNG) unter anderem aus den USA und Norwegen – das im Vergleich zu den günstigen Pipeline-Lieferungen aus Russland deutlich teurer ist: Förderung, Verflüssigung, Transport und Wiederverdampfung treiben die Kosten nach oben.

Das ist ökonomische Realität. Energiepolitik spielt eine zentrale Rolle für den Industriestandort Deutschland; die Frage ist, wie mit dieser Realität umgegangen wird. Auch wenn es für Sie, Herr Merz, unbequem ist, sollten Sie endlich den Mut aufbringen und mit

Wladimir Putin reden. Es geht hier nicht mehr um Ihre persönlichen Animositäten, sondern um das Wohl Deutschlands. Ihre vorgeschobenen sicherheitspolitischen und moralischen Gründe verfangen nicht mehr, zumal die wahren Aggressoren im Ukraine Konflikt die USA sind, die in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg führen. Gut, das brauche ich Ihnen nicht zu erklären, das wussten Sie von Anfang an.

Wenn Sie der Bevölkerung erzählen, dass Russland Europa oder Deutschland überfallen könnte, ist das Kriegstreiberei. Was gäbe es für die Russen in Deutschland zu holen? Rohstoffe? Agrarflächen? Oder die Schulden, die Sie nach der Wahl in schwindelerregende Höhe getrieben haben und die Sie vor der Wahl nicht erhöhen wollten? Hören Sie doch auf mit diesen Erzählungen über Russland. Wenn Sie schon einen Aggressor suchen, dann blicken Sie über den Atlantik, da finden Sie den weltweit größten – mit seinen knapp 500 militärischen, imperialistisch geprägten Auseinandersetzungen seit seinem Bestehen.

Merz und Selenskyj

Diese beiden Herren haben sich unlängst in Berlin getroffen, um über weitere Waffen- und Finanzhilfen für die Ukraine zu sprechen. Wolodymyr Selenskyj hat wieder einmal vier Milliarden eingesackt und ist mit vollen Taschen abgerauscht, um zusammen mit seinen europäischen bellizistischen „Freunden“ einen bluttriefenden Krieg am Laufen zu halten, der längst hätte beendet werden können.

Deutschland hat den ukrainischen Präsidenten und seine korrupte Gefolgschaft bereits mit knapp 100 Milliarden Euro Steuergeld unterstützt. In meinen Augen ist das eine massive Veruntreuung von Steuergeld – auch schon zu Zeiten der Ampelkoalition.

Sollte es sich als wahr herausstellen, dass Wolodymyr Selenskyj die Sprengung der Nordstream-Pipelines genehmigt hat, grenzt das neue, steuerfinanzierte militärische Vier-Milliarden-Geschenk von Merz an Selenskyj an Landesverrat. Selenskyj hat den Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines „genehmigt“, sagte kürzlich Investigativjournalist Bojan Pancevski in der Sendung „Markus Lanz“ unter Berufung auf Zeugen aus dem Umfeld des Präsidenten. Das „Wall Street Journal“ hatte bereits im August 2024 **berichtet** (<https://weltwoche.ch/daily/nord-stream-anschlag-selenskyj-hat-das-genehmigt-sagt-ein-investigativjournalist-bei-markus-lanz/>), Selenskyj habe einem entsprechenden Plan zunächst zugestimmt.

Sahra Wagenknecht **kommentierte**

(<https://www.facebook.com/sahra.wagenknecht/posts/pfbid029cxAR9XaMtAmHGHDHyVsYsicUDuB7M2qjfSL5W8oFsJomPu5a9ChbNpTAAWcmSi9l>) das am 19. April 2026 wie folgt:

„Unfassbar! Ukraines Präsident Selenskyj soll die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines persönlich genehmigt haben. Das bestätigte ein Journalist des „Wall Street Journals“ unter Berufung auf ukrainische Regierungskreise bei „Markus Lanz“. Bereits 100 Milliarden deutsches Steuergeld sind in die korrupte Ukraine geflossen. Und trotz des Staatsterrors gegen unsere Energieinfrastruktur macht Merz seinem Kumpel in Kiew immer neue Milliarden-Geschenke. Dieser Irrsinn muss ein Ende haben! Keinen Cent mehr für die korrupten Nord-Stream-Terroristen in der Ukraine!“

Dito – insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass Rentner in Deutschland teilweise Pfandflaschen sammeln gehen, um zu überleben. Während die Bürger in Deutschland ausgepresst werden wie Zitronen, wollten sich Merz und seine Minister ein gigantisches Gehaltsplus von 65.000 Euro mehr pro Jahr für den Kanzler und 52.000 Euro für die Minister genehmigen. So war es in einem

Gesetzentwurf des Innenministeriums vorgesehen, wurde aber vorerst wieder auf Eis gelegt. Wenn die Regierung wenigstens einigermaßen ihren Job machen würde, könnte man ja darüber reden; aber inmitten einer Energiepreiskrise einen Gehaltsbonus einstreichen zu wollen, ist an Unverfrorenheit kaum zu übertreffen. Hätten diese Damen und Herren der Regierung einen Funken Anstand, würden sie ihre ohnehin schon üppigen Bezüge deckeln – und nicht erhöhen wollen.

Nachdem Viktor Orbán nun nicht mehr im Weg steht, will Friedrich Merz nun auch das 90-Milliarden-Geschenk der EU an die Ukraine durchdrücken, das bislang an dem Veto Ungarns gescheitert war.

Wer für dieses gigantische Schuldenpaket zu einem erheblichen Teil aufkommen wird, dürfte kein Geheimnis sein: der deutsche Steuerzahler!

Im Zusammenhang mit Waffenlieferungen an die Ukraine ist auch interessant, wo Teile dieser Waffen landen. Im Newsletter von Bündnis Sahra Wagenknecht war vor Kurzem zu lesen:

„Michael Lüders | Ukraine-Hilfe: Von der Front in den Verkauf

Neues aus der Kategorie: „Das kannst du dir wirklich nicht ausdenken.“ Da überweist Europa, vor allem Deutschland, Milliarden für Waffen „zur Verteidigung der Freiheit in der Ukraine“, und plötzlich tauchen genau diese Waffen in der Golfregion als Angebot des ukrainischen Staatschefs wieder auf. Das ist schon ein interessantes Geschäftsmodell: Wir zahlen für Raketen, die ja „so dringend gebraucht werden“, und am Ende landen sie als Exportware auf dem internationalen Markt. „So geht Realpolitik, finanziert vom hiesigen Steuerzahler“, sagt unser stellvertretender Parteivorsitzender Michael Lüders süffisant. Beruhigend zu wissen, dass alles seine Ordnung hat. Hauptsache, wir sind „die Guten“ und bleiben moralisch

flexibel.“

Die Deutschen lassen sich gerne einfangen mit dem Anspruch, Gutmenschen zu sein und dieses Gutmenschentum anderen Nationen vorzuleben. Das Bedürfnis nach moralischer Überlegenheit ist hierzulande extrem hoch.

Jetzt ist es jedoch langsam an der Zeit, wirtschaftliche Vernunft vor eine geheuchelte geopolitische Strategie zu stellen. Zentrale Interessen der eigenen Wirtschaft und der eigenen Bevölkerung müssen wieder konsequent vertreten werden, und nicht die Interessen der USA und der Ukraine.

Fazit: Mehr Diplomatie und Gespräche – auch mit Wladimir Putin –, und Schluss mit der kriegsverlängernden Unterstützung der Ukraine!

Merz und Iran

Die außenpolitische Linie von Friedrich Merz wird im Nahen Osten zur Belastungsprobe für die Glaubwürdigkeit seiner Politik. Während er im Fall des russischen Angriffs auf die Ukraine klare Worte findet und das Völkerrecht als Maßstab heranzieht, wirkt dieser Maßstab im Kontext des Iran-Konflikts plötzlich dehnbar. Doppelte Moral! Der gegen den Iran von Israel und den USA geführte Krieg ist ebenso ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg wie der Krieg Russlands gegen die Ukraine.

Merz stellt sich demonstrativ an die Seite Israels – das in Gaza mehr als 20.000 Kinder ermordet hat – und der USA, betont Bündnistreue und sicherheitspolitische Verantwortung. Er bezieht damit nicht nur politisch Position, sondern zieht Deutschland Schritt für Schritt tiefer in einen hochgefährlichen geopolitischen Konflikt,

| der Deutschland absolut nichts angeht.

Merz' Überlegungen, deutsche Streitkräfte in die Straße von Hormus zu entsenden, nachdem er zu Beginn des Iran-Kriegs sagte, Deutschland lasse sich nicht in diesen Konflikt hineinziehen, zeigen wieder einmal die Unbeständigkeit des Wendekanzlers.

Der Iran ist kein gewöhnlicher Einsatzraum, sondern einer der sensibelsten Brennpunkte der Weltpolitik. Er ist die Schnittstelle Eurasiens, dessen verstärkte wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit die USA seit gut hundert Jahren mit allen denkbaren Mitteln zu verhindern suchen, um ihre unipolare Weltmachtstellung aufrechtzuerhalten. Im Iran treffen wirtschaftliche Interessen, militärische Drohkulissen und strategische Rivalitäten unmittelbar aufeinander.

Wer in einem derart aufgeheizten Umfeld militärisch präsent ist, bewegt sich nicht mehr nur im Bereich einer völlig absurden Bündnistreue zu illegalen Angreifern, sondern in unmittelbarer Nähe zu realen Konfliktrisiken für das eigene Land. Die Grenze zwischen Sicherung von Handelswegen und tatsächlicher Verstrickung in einen Krieg wäre durch die Entsendung von Truppen definitiv überschritten. Deutschland hat in diesem Konflikt nichts zu gewinnen, aber sehr viel zu verlieren.

Merz' Außenpolitik ist keine nüchterne Abwägung deutscher Interessen, sondern eine konsequente Ausrichtung an geopolitischen Bündnislinien – selbst dann, wenn diese mit erheblichen Risiken für die eigene Bevölkerung verbunden sind. Bündnistreue zu illegal Kriegsführenden ist ihm wichtiger als das Wohl des eigenen Volkes. Nicht die Sicherheit des eigenen Landes wird von Friedrich Merz priorisiert, sondern die Sicherheit des Regimes in Israel und die hegemonialen Interessen der USA. Anstatt Trump bei seinem iranischen Eigentor zu unterstützen, sollte Merz sich lieber überlegen, Militärbasen wie Ramstein – über die auch

Einsätze im Iran gesteuert werden – zu schließen, um Gefahren von Deutschland abzuwenden.

Die Ankündigung von Trump, 5.000 oder mehr amerikanische Soldaten aus Deutschland abzuziehen und die geplante Stationierung von "Tomahawk"-Marschflugkörpern abzusagen, sehe ich nicht als Drohung – ganz im Gegenteil –, sondern als eine Erhöhung der Sicherheit Deutschlands, da in meinen Augen Russland keinerlei aggressive Absichten gegen Deutschland hat. Die Stationierung der weitreichenden Raketen in Deutschland wäre eine Bedrohung für Russland und würde Deutschland zur Zielscheibe machen.

Ein militärisches Engagement in der Straße von Hormus erhöht nicht die Sicherheit Deutschlands, sondern das Risiko, in eine Eskalation hineingezogen zu werden. Es macht das Land nicht stabiler, sondern verwundbarer.

Herr Merz, Sie gehen Risiken ein, ohne die Konsequenzen ausreichend zu berücksichtigen. Das macht Ihre Politik so gefährlich. Sie sind ein Gesinnungsethiker, der im Vergleich zu einem Verantwortungsethiker die Konsequenzen seiner Entscheidungen und Handlungen nicht überdenkt, sondern stur seiner Linie folgt.

Gehen Sie einfach, Herr Merz, Deutschland hat Sie nicht verdient!

Energiekrise

Tanken ist in Deutschland aufgrund des Angriffskrieges Israels und der USA gegen den Iran wieder zu einer dauerhaften Belastung geworden. Die Bundesregierung versucht, diesen Preisschock mit kurzfristigen Notmaßnahmen einzufangen. Beschlossen wurde eine Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel um rund 17 Cent

pro Liter – allerdings nur für zwei Monate. Parallel dazu dürfen Unternehmen ihren Beschäftigten eine steuerfreie Prämie von bis zu 1.000 Euro zahlen – verpflichtet dazu sind sie jedoch nicht.

Hinzu kommen regulatorische Eingriffe: Tankstellen dürfen Preise nur noch einmal täglich erhöhen, und das Kartellamt soll stärker gegen mögliche Marktverzerrungen vorgehen.

Das Problem ist offensichtlich: Die Steuersenkung ist befristet, die Prämie unverbindlich, und die Weitergabe der Entlastung durch die Mineralölkonzerne ist politisch gewünscht, aber nicht garantiert. Selbst sinkende Ölpreise werden oft nur verzögert an die Verbraucher weitergegeben.

Der ADAC beschreibt dieses Muster als Rakete-und-Feder-Effekt: Die Preise steigen an den Zapfsäulen schnell, fallen aber deutlich langsamer wieder. Deshalb ist auch eine Steuersenkung kein Garant dafür, dass die Entlastung vollständig und sofort bei den Autofahrern ankommt.

Vor diesem Hintergrund wird auch die Forderung nach einer in meinen Augen berechtigten Abschöpfung von Übergewinnen der Mineralölkonzerne lauter. Während insbesondere aus der SPD und vom Bündnis Sahra Wagenknecht gefordert wird, Krisengewinne stärker zu besteuern und an die Allgemeinheit zurückzugeben, zeigt sich BlackRock-Agent Friedrich Merz zurückhaltend bis skeptisch. Er verweist auf rechtliche Unsicherheiten und die Schwierigkeit, überhaupt klar zu definieren, was ein „Übergewinn“ ist. Während Politiker wie Sahra Wagenknecht oder Lars Klingbeil über längerfristige Eingriffe nachdenken, um Verbraucher gezielt zu entlasten, bleibt die Bundesregierung bei kurzfristigen Maßnahmen. Grundlegende Eingriffe in Marktmechanismen werden bewusst vermieden – selbst dann, wenn die Belastung für die Bevölkerung weiter steigt. Diese Form des Marktradikalismus dient den Macht-

und Besitzeliten – die Friedrich Merz vertritt –, aber nicht dem Volk.

Milliarden für das Militär auf Kosten des Sozialabbaus

Seit dem NATO-Gipfel 2025 gilt ein neuer Rahmen: Bis zu 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) soll für Sicherheit und Verteidigung (3,5 Prozent klassisch militärisch und 1,5 Prozent Infrastruktur und Sicherheit) ausgegeben werden. 2026 werden über 108 Milliarden Euro für äußere Sicherheit ausgegeben, für 2029 sind bereits rund 152 Milliarden Euro geplant. Fast die Hälfte des Bundeshaushalts würde bei Erreichen des 5-Prozent-Ziels für militärische Zwecke ausgegeben. Für was, frage ich mich? Sind die alle noch ganz bei Trost?

Während diese Summen mobilisiert werden, sieht der Alltag vieler Menschen ganz anders aus: Die durchschnittliche Altersrente lag zuletzt bei 1.154 Euro im Monat, bei Frauen sogar nur bei 955 Euro.

Mit der vom Bundeskabinett am 29. April 2026 beschlossenen Rentenanpassung erhalten die Rentnerinnen und Rentner hierzulande zum 1. Juli eine Erhöhung der Renten um 4,24 Prozent. Das wird bei der momentanen Entwicklung der Inflation die Kaufkraft der Rentner kaum erhöhen.

Bei den Löhnen zeigt sich zwar 2025 ein realer Zuwachs von 1,9 Prozent, doch damit war das Reallohniveau von 2019 noch immer nicht ganz erreicht. Von einem durchgreifenden Wohlstandsgewinn kann also keine Rede sein. Was den sozialen Ausgleich im eigenen Land angeht, zeigt sich eine klare Richtung: weg von sozialer Absicherung, hin zu Verschärfung und Druck für die Bürger.

Das sogenannte Bürgergeld wird aktuell zur „Grundsicherung“ umgebaut – mit deutlich härteren Regeln. Wer Termine beim Jobcenter verpasst oder Auflagen nicht erfüllt, muss künftig mit Kürzungen von bis zu 30 Prozent rechnen, im Extremfall sogar mit vollständigem Leistungsentzug. Auch das Schonvermögen wird stärker begrenzt, und die Kontrolle über Leistungsbezieher nimmt zu.

Gleichzeitig stehen weitere zentrale Elemente des Sozialstaats zur Disposition. Das Ehegattensplitting, von dem Millionen Familien profitieren, soll für künftige Ehen abgeschafft oder grundlegend verändert werden – mit möglichen steuerlichen Mehrbelastungen für viele Haushalte.

Hinzu kommen Forderungen nach mehr Arbeitsanreizen, weniger Teilzeit und einer stärkeren Aktivierung des Arbeitsmarktes. Was erst einmal positiv klingt, bedeutet in der Praxis vor allem eines: mehr Druck auf Beschäftigte und weniger Spielraum für individuelle Lebensmodelle. Weniger Absicherung, mehr Kontrolle, mehr Zwang zur Anpassung.

Beim Jahresempfang des Bundesverbands deutscher Banken in Berlin am 21. April 2026 stimmte Friedrich Merz die Bürger in Deutschland auf grundlegende Veränderungen bei der Rente ein. Er sagte: „Die gesetzliche Rentenversicherung allein wird allenfalls noch die Basisabsicherung sein für das Alter. Sie wird nicht mehr ausreichen, um den Lebensstandard zu sichern.“

Überdies meinte der Bundeskanzler, es müssten kapitalgedeckte Elemente einer betrieblichen und privaten Altersversorgung hinzutreten. „Und zwar in weit größerem Umfang, als wir sie gegenwärtig weitgehend auf der Basis von Freiwilligkeit haben.“

Auch bei der Pflege wird angesetzt. Nach Informationen aus Koalitionskreisen sollen die Zuschüsse für Pflegeheimbewohner

künftig langsamer steigen, wodurch die Eigenanteile länger hoch bleiben. Gleichzeitig soll es deutlich schwieriger werden, überhaupt als pflegebedürftig anerkannt zu werden – insbesondere in den unteren Pflegegraden 1 bis 3.

Die Konsequenz liegt auf der Hand: Weniger Anspruchsberechtigte, geringere Leistungen, niedrigere Ausgaben – auf Kosten der Betroffenen.

Während Milliarden in militärische Projekte und internationale Konflikte fließen, wird im Inland an den sozialen Stellschrauben gedreht – zulasten derjenigen, die ohnehin wenig haben. Das ist kein Zufall, sondern politische Prioritätensetzung.

Fazit: Die Kaufkraft stagniert beziehungsweise sinkt, die Belastung der Bürger steigt, und viele kommen kaum über die Runden. Ein Staat, der enorme Mittel nach außen mobilisiert, aber soziale Probleme im Inneren nicht löst, setzt falsche Prioritäten.

Staat und Kontrolle

Während wirtschaftlich vieles ins Wanken gerät, verschiebt sich parallel eine zweite, ebenso grundlegende Entwicklung: das Verhältnis zwischen Staat und Bürger. Die Eingriffsmöglichkeiten des Staates nehmen zu, ebenso wie die Bereitschaft, sie zu nutzen.

Im Zentrum dieser Entwicklung steht aktuell die Debatte um die sogenannte Chatkontrolle. Auf EU-Ebene wurde eine Ausweitung dieser Maßnahmen gestoppt – nicht zuletzt wegen massiver Bedenken von Datenschützern und Abgeordneten, die vor einem Eingriff in die private Kommunikation warnten. Friedrich Merz dagegen bezeichnete das Scheitern ausdrücklich als Rückschlag für den Kinderschutz und kündigte an, nach nationalen Lösungen zu

suchen.

Damit ist die Richtung einer verstärkten Kontrolle vorgegeben. Es geht in dieser Debatte um Systeme, die private Kommunikation automatisiert durchsuchen können – ohne konkreten Verdacht, ohne individuellen Anlass. Ich kritisiere nicht die Bekämpfung von Kriminalität, sondern die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Was als Ausnahme beginnt – die Analyse verdächtiger Chats –, wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wieder einmal zur Regel werden. Den Machthabern unliebsame Zeitgenossen können durch solche Instrumente in ihrer Kommunikation unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Angebliche Sicherheit wird zunehmend vor Freiheit gestellt, Kontrolle vor Vertrauen. Freiheit bedeutet nicht nur Sicherheit vor Kriminalität, Freiheit bedeutet auch Schutz vor anlassloser Kontrolle.

Fazit

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sinkt, Arbeitsplätze geraten unter Druck, der Standort Deutschland verliert an Substanz. Ohne bezahlbare Energie gibt es keine starke Industrie. Und ohne Industrie kein stabiles Deutschland.

Gleichzeitig verschärft sich eine Entwicklung, die weit über wirtschaftliche Fragen hinausgeht. Die Debatte über Überwachung, Sicherheit und staatliche Eingriffe nimmt an Schärfe zu. Es geht längst um Grundsatzfragen: Wie weit darf der Staat gehen, und wer schützt die Freiheit der Bürger, wenn Kontrolle zur politischen Routine wird?

Am Ende laufen all diese Entwicklungen auf einen entscheidenden Punkt hinaus: Vertrauen geht verloren. Nicht durch ein einzelnes Gesetz, nicht durch eine

einzelne Entscheidung, sondern durch das Gesamtbild aus steigenden Kosten, wachsender Belastung und fehlenden Perspektiven.

Wenn Menschen das Gefühl haben, dass ihre Lebensrealität politisch keine Rolle mehr spielt, entsteht Distanz. Und aus Distanz wird Ablehnung. Diese Ablehnung drückt sich in den miserablen Beliebtheitswerten von Friedrich Merz aus.

Eine Politik, die dauerhaft hohe Energiepreise in Kauf nimmt, gefährdet den wirtschaftlichen Kern des Landes. Eine Politik, die Milliarden für militärische Aufrüstung und internationale Konflikte mobilisiert, während soziale Spannungen im Inland wachsen, verschiebt Prioritäten. Eine Politik, die strukturelle Probleme nicht löst, sondern mit kurzfristigen Maßnahmen überdeckt, verliert an Glaubwürdigkeit.

Bei Friedrich Merz' Politik steht nicht mehr konsequent das Wohl des eigenen Landes im Mittelpunkt. Deutschland wird teurer, die Belastung der Bürger bleibt hoch, zentrale Probleme bleiben ungelöst. Das ist keine Zuspitzung, das ist die aktuelle Entwicklung.

Die Politik von Friedrich Merz verliert das Vertrauen, auf dem sie beruht. Das ist der Punkt, an dem Demokratie handeln muss. Der Amtseid, den Friedrich Merz geleistet hat, verpflichtet dazu, dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Wer diesen Anspruch verfehlt, kann sich nicht mehr auf sein Amt berufen. Wenn Vertrauen fehlt, braucht es Konsequenzen. Das parlamentarische Mittel dafür ist klar: ein konstruktives Misstrauensvotum.

Die Frage ist nicht mehr, ob der Druck gegen die aktuelle deutsche Politik wächst. Sondern wie lange diese Politik ihm noch standhält. Für Deutschland wäre es besser, wenn Merz und seine Regierung besser heute als morgen gehen.

Sahra Wagenknecht **kommentiert**

<https://www.facebook.com/sahra.wagenknecht/posts/pfbid02WrQKkFimTZUyMMhmBGiRwtp4HUiJtAcFxaxsPuz3WZ7yvc3LRvFnqS2X72FvZGfFl> die Entwicklung des Wendekanzlers Friedrich Merz wie folgt:

„Das muss man erstmal schaffen: Friedrich Merz ist laut einer aktuellen internationalen Umfrage der unbeliebteste Regierungschef der Welt. Vier von fünf Deutschen sind mit dem Kanzler unzufrieden. In keinem anderen der befragten Länder hat der Regierungschef so wenig Zustimmung bei den eigenen Bürgern. Kein Wunder! Schließlich ruiniert die Merz-Regierung mit ihrer katastrophalen Politik Land und Leute.

*Alles begann vor einem Jahr mit dem größten Wahlbetrug in der Geschichte der Bundesrepublik, als Merz mit dem abgewählten Bundestag entgegen den Wahlkampf-Versprechen gigantische Sonderschulden aufgenommen hat. Und statt damit wenigstens die verlotterte Infrastruktur in Ordnung zu bringen, wurden die Mittel zweckentfremdet, um über Haushaltstricks die gigantische Aufrüstung zu finanzieren.**

*Auch die Reaktion auf die Abzocke an den Tankstellen ist beschämend: Nach sechs Wochen Untätigkeit speist die Bundesregierung Autofahrer mit lächerlichen 17 Cent ab, die wahrscheinlich zum Teil noch nicht mal bei ihnen, sondern auf den Gewinnkonten der Mineralölkonzerne ankommen werden. Derweil will Kanzler Merz in der EU ein weiteres 90-Milliarden-Geschenk an die korrupte Selenskyj-Regierung durchdrücken, für das wieder einmal vor allem der deutsche Steuerzahler geradestehen muss. Was für ein Hohn!**

Zugleich greift die Bundesregierung den Bürgern immer mehr ins Portemonnaie. Dass etwa die Kranken-Mitversicherung der Ehefrau gestrichen werden soll, während Millionen Flüchtlinge kostenlos

mitversichert werden, macht die Menschen zu Recht wütend. Die Politik der Bundesregierung ist eine Zumutung für unser Land. Merz muss weg!“

Ja, Merz muss weg!



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaenge.com** (<https://wassersaenge.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.